

Pierre Bourdieu:

Der Tote packt den Lebenden,  
Schriften zu Politik & Kultur 2,  
hrsg. von Margareta Steinrücke,  
VSA-Verlag Hamburg 1997,  
205 S. (34,80 DM)

Wer nach einem zeitgemäßen theoretischen Konzept für eine Sozialstrukturanalyse sucht, stößt vor allem im deutschsprachigen Raum schon seit längerem nahezu zwangsläufig immer wieder auf einen Namen: Pierre Bourdieu; Professor für Soziologie am Collège de France in Paris. Mit seinen zentralen Kategorien »Habitus«, »Feld« und »Kapital« gelingt ihm nicht nur eine Erweiterung gängiger Untersuchungskonzepte um die soziokulturelle Dimension von Klassenstrukturen, spezifischen Interessenkonstellationen und individuellen Handlungsmustern, sondern er entwickelt genaugenommen eine eigenständige Theorie sozialer Ungleichheit.

Genauso wie er den Begriff der »Produktion« durchgängig auf alle gesellschaftlichen Sphären anwendet und aus den Bereichen der Erzeugung materieller Güter entfesselt, hat er über die Jahre auch einen umfassenden Kapitalbegriff entwickelt, von dem er glaubt, »daß ich an dem sehr einfachen Gesetz des Phänomens angekommen bin. Jemand der in diesen Gesellschaften lebt, hat ein symbolisches Kapital, und wenn er der Ökonomie seiner Gesellschaft entsprechend rationell handelt, wird er seinen symbolischen Gewinn maximieren, sein Kapital mehr oder weniger gut anlegen« (S. 80). Auch wenn sich mit einiger Berechtigung einwenden ließe, daß damit der Kapitalbegriff eher vulgarisiert und darüber hinaus auch noch die Beschreibung der soziokulturellen Sphäre einer Gesellschaft in die Sprache von raum- und zeitlosen Fiktionen einer ahistorischen ökonomischen Theorie verdolmetscht wird (gegen die sich Bourdieu selbst immer wieder mit Vehemenz wendet), leistet der Bourdieusche Ansatz beträchtliches zur Erklärung von Entstehung und Reproduktion sozialer Ungleichheit. »Die soziale Welt kann als ein multidimensionaler Raum konzipiert werden, der sich durch die Entdeckung der Hauptfaktoren der Differenzierung konstruieren läßt...« (S. 106f.). Und diese Faktoren

werden bei Bourdieu als »Kapitalformen« beschrieben, die ineinander umgewandelt werden können, die aber durch ihre ungleiche Verteilung auf die Individuen zu ungleicher Stärke und Macht sowie zu unterschiedlich großen Gewinnen verhelfen. Diese »sozialen Kräfte« sind dann: »erstens das ökonomische Kapital ..., zweitens das kulturelle oder besser das Bildungskapital ...; und drittens zwei Formen von Kapital, die sehr stark korrelieren, das soziale Kapital, das in auf Beziehungen und Gruppenzugehörigkeit basierenden Ressourcen besteht, und das symbolische Kapital, die Form, die die verschiedenen Kapitalarten, einmal als legitim anerkannt und wahrgenommen, annehmen« (S. 107). Die Akteure verteilen sich im sozialen Raum schließlich nach dem Kapitalvolumen, nach ihrer Ausstattung mit Kapitalarten und schließlich über die Änderung von Kapitalvolumen und -zusammensetzung in der Zeit – wodurch sich soziale »Karrieren« beschreiben lassen. Die so von Bourdieu entfaltete Theorie der sozialen Ungleichheit erlaubt es dann, Klassen nicht als mehr oder weniger homogene Großgruppen zu fassen, sondern als »eine besondere Region innerhalb des Raumes« zu beschreiben, in dem sich Akteure mit ähnlichen Merkmalen hinsichtlich der Kapitaldisposition befinden. Aus der Vielfalt der möglichen Kapitalkombinationen läßt sich damit auch erklären, daß die Handlungspräferenzen, Interessen und »Lebensstile« der Individuen innerhalb einer Klasse sowohl gleichartige Charakteristika aufweisen als auch Spielräume für eine Vielzahl von Differenzierungen einschließen.

Die eher theoretischer wie empirischer Sozialforschung zugehörigen Arbeiten von Bourdieu werden im vorliegenden Sammelband in den beiden ersten Teilen, »Grundlegungen« und »Soziale Klassen – Soziale Situationen«, veröffentlicht. Der dritte Teil ist »praktischen Interventionen« vorbehalten, die die Person Bourdieus auch über den Kreis sozialwissenschaftlicher Experten hinaus haben bekannt werden lassen. Daß hierzulande sein Name in letzter Zeit auch öfter vorzugshalber im Feuilletonteil der Zeitungen auftaucht, hat wiederum eine durch und durch deutsche Ursache – das »Modell Tietmeyer«, mit dessen Geist des neo-liberalen Ökonomismus sich Bourdieu in einem inzwischen viel zitierten

Essay in der Wochenzeitung »Die Zeit« auseinandergesetzt hat. Sein Konzept besteht darin, der »pensée Tietmeyer« einen europäischen Sozialstaat entgegenzusetzen, in dem die »rationalisierte Mythologie« (S. 175) von höchstmöglichen Wachstum, Wettbewerb und Produktivität aus der eitlen Herrlichkeit des Selbstzwecks auf ihre tatsächlichen sozialen Funktionsbestimmungen zurückgeworfen wird. Tatsächlich geht es nicht um alle nur denkbaren Wirtschafts- und Währungsunionen, um Vollbeschäftigung nach amerikanischem oder englischem Muster, sondern um eine wirkliche europäische Sozialunion, der nicht zuletzt auch ein anderes als das herrschende neoliberale Verständnis von Ökonomie zugrunde zu legen wäre – »ich glaube, daß die Ökonomie ein Spezialfall der Soziologie ist« (S. 84).

Allen im vorliegenden Band versammelten zwölf Texten, die zum Teil erstmals auf deutsch publiziert werden, merkt man die ursprünglich ethnologisch geschulte Arbeits- und Darstellungsweise Bourdieus an. Von daher erschließen sich ihm sensible Sichten auf soziale Problemlagen, auf das Spannungsverhältnis zwischen materialisierter Geschichte, milieuspezifischer Sozialisation und Individuum, die sowohl dem empirisch-historischen Detail als auch dem Bestreben nach theoretischer Verdichtung Rechnung zu tragen versuchen. An diesem komplexen Anspruch mag es auch liegen, daß die Texte Bourdieus nahezu ausnahmslos eine anstrengende, durch eine umständliche verschachtelte Diktion zusätzlich erschwerte Lektüre darstellen. Und dies wiederum mag einiges dazu beigetragen haben, daß Bourdieu nicht selten gegen seinen Willen interpretiert wird und sich von permanenten (auch böartigen) Fehlverständnissen verfolgt glaubt (vgl. S. 76f.; Fußnote 19). Er ist aber auch ein streitbarer Geist, der aus seiner Verachtung gegen eine bestimmte Art von Sozialforschung samt den dazu gehörigen Forschern kein Hehl macht. »Im Grunde habe ich mich mein ganzes Leben gegen ... Formalismen geschlagen, die sehr oft mit Hochstapelei einhergehen, gegen Leute, die in meinen Augen nichts kennen und die in den Augen eines Laien allwissend erscheinen. (...) Es kann enorme symbolische Profite für sehr wenig Arbeit und sehr wenig wissenschaftliche Qualität geben. (...) In Frankreich kämpfe ich

die ganze Zeit gegen Leute wie Baudrillard, die Essayisten, diese französische Spezialität, Leute, die über alles schreiben und nichts wissen, die weder theoretisch noch empirisch je wirklich gearbeitet haben« (S. 88 und 92).

ARNDT HOPFMANN

Christoph Butterwegge/Birgit Griese/  
Coerw Krüger/Lüder Meier/  
Gunter Niermann:  
Rechtsextremisten in Parlamenten.  
Forschungsstand – Fallstudien –  
Gegenstrategien,  
Leske+Budrich Opladen 1997, 318 S.  
(DM 39,00)

Wenn es um politischen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik geht, dann sind schnell verharmlosende Erklärungsmuster von rechts und oft genug aufgeregte Alarmrufe von links zu vernehmen. Ernsthafte Analysen der Inhalte, Wirkungsmuster und damit Gefahren rechtsextremen Gedankenguts und vor allem politischen Handelns sind rar. Daß ein großer Teil der Bevölkerung quer durch die politischen Lager ausländerfeindliche oder antisemitische Gewalttaten sowie Angriffe auf Linke ablehnt, ist zweifellos richtig. Aber ebenso unübersehbar ist ebenfalls in allen politischen Lagern – auch im linken –, daß Furcht vor Überfremdung und Konkurrenzangst nicht nur Stammtischdiskussionen prägt. Kein Wunder in einer Gesellschaft, die durch die Verschärfung der sozialen Widersprüche sich neu definiert und alte Gesellschaftsverträge recht schonungslos bricht.

Die Autoren des vorliegenden Bandes stellen sich die Aufgabe, die Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien in Landes- und Kommunalparlamenten zu untersuchen, also die Ebene, wo gewählte Vertreter solcher Parteien die Möglichkeit eigener Politikgestaltung in Volksvertretungen bekommen. Gegenstand sind Fraktionen von DVU und REPUBLIKANERN in Bremen und Baden-Württemberg sowie Kommunalparlamente in Nordrhein-Westfalen. Außerdem wird der Bundestagswahlkampf 1994 der REPs untersucht, in dem diese zwar den Einzug verfehlten, wohl aber

präsent waren. Den Autoren ist klar, daß sich Rechtsextremismus »am wirksamsten bekämpfen (läßt), bevor seine Vertreter in Parlamente oder gar in Regierungen gelangen« (S. 7). Aber gerade deshalb halten sie es für wichtig, zu untersuchen, wie Parlamentarier mit fremdenfeindlichen, deutschnationalen und sozialdemagogischen Losungen Parlamente als Tribüne im Kampf gegen Ausländer, Linke und die anderen demokratischen Parteien mißbrauchen. Zugleich zeigen sie die Wechselwirkung zu den anderen Parteien auf, in denen neben gelegentlich wohlwollender Duldung durch die CDU vor allem die hilflosen Reaktionen der SPD und das – am Beispiel Bremens besonders anschauliche – differenzierte Auseinandersetzen der Bündnisgrünen bestimmend sind.

Berechtigt warnt Butterwegge vor einem Eindruck, den auch die vorliegende Untersuchung bedient: »Die rechtsextremen Abgeordneten erweisen sich zwar häufig als fachlich inkompetent, desinteressiert und ziemlich schlecht informiert; das eigentliche Problem bestand aber nicht darin, sondern in der Tatsache, daß es ihnen gleichwohl immer wieder gelang, ihre politisch-ideologischen Überzeugungen auf zentrale Politikfelder durch eine geschickte Taktik und Rhetorik mit den Auffassungen anderer Fraktionen zu verknüpfen und so das parlamentarische Geschehen, vor allem jedoch das politische Klima der Bundesrepublik nicht unmaßgeblich zu beeinflussen.« (S. 40)

Die Rechtsextremismusforschung fristet bislang in der bundesdeutschen Politikwissenschaft nur ein Mauerblümchendasein. Butterwegge zeigt die Grenzen der vorherrschenden Tendenz eines totalitarismustheoretischen Auseinandersetzens mit *einer* Spielart des Extremismus auf. In der gängigen Extremismusforschung wird zudem ständig der Rechtsextremismus unterschätzt, der Linksradikalismus/terrorismus überzeichnet (S. 159). Für die Autoren ist die historische Hypothek Deutschlands hinsichtlich des Rechtsextremismus entscheidend, sie verkürzen damit allerdings die Sicht auf analoge Prozesse, die sich mit Haiders »Freiheitlichen« in Österreich oder Le Pens »Front National« in Frankreich abspielen. Insofern scheint die Polemik gegen Erklärungsansätze, die das Erstarken

des Rechtsextremismus in den neunziger Jahren in West- wie Ostdeutschland als Protestbewegung »von rechts« verorten, nicht ganz überzeugend. Das Argument ist nicht stimmig, daß ein Protestverhalten nach rechts nur deswegen unmöglich sei, weil ja mit genauso viel Grund DKP oder PDS als linke Protestparteien gewählt werden könnten. Da sind schon Fragen nach dem politischen Klima im Lande und gleichzeitig nach der Eingängigkeit von Losungen zu stellen. Ist es nicht so, daß Linke den »Nachteil« haben, daß zu ihren Gunsten Entscheidungen viel weniger aus dem »Bauch« heraus fallen als mit Nachdenken verbunden sind? Gleichzeitig muß allerdings auch daran erinnert werden, daß manche Wahlentscheidung für die PDS in den neuen Bundesländern vielleicht auch etwas mit einem eher konservativen Ansatz, dem Festhalten an Recht und Gesetz zu tun hat – auf jeden Fall mehr, als den Linken selbst lieb ist.

Überhaupt scheint eine genauere soziologische Differenzierung zwischen rechtsextremistischen Gewalttätern, rechtsextremen Parteien und den Wählern dieser Parteien (bei Landtagswahlen immerhin teilweise über 10 Prozent) auszustehen. Die sich in der bundesdeutschen Gesellschaft vollziehenden Desintegrationsprozesse, die zunehmende Konkurrenz auch der Arbeitnehmer untereinander und gegen jene, die ihnen den Arbeitsplatz tatsächlich oder scheinbar »wegnehmen«, bereiten den Boden für rechtes Gedankengut. Und der Grat zwischen einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, die die nationalen Wirtschaftsressourcen in den Vordergrund rückt und einem nationalistischen »Deutsche Arbeit den Deutschen« ist zweifellos gering, aber der Unterschied ist vorhanden. Die Rechtsextremen betreiben eine Standortsicherung durch Ausgrenzung und mit dem Ziel der »Säuberung«, insofern sind sie von landläufigen Konzepten der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft mit deren »Standortsicherung Deutschland« nicht allzuweit entfernt.

In den einzelnen Analysen wird überzeugend der Mechanismus der Argumentationen rechtsextremer Parteien herausgearbeitet. So haben die Kölner REP 1992 im Kommunalwahlkampf mit dem freundlich klingenden Motto »Domet uns Kölle kölsch blieb!« ge-

worben. Scheinbar tolerant und selbstbestimmungsbetonend kommen sie dann zu ihrer zentralen Aussage: »Kölsche Eigenart statt multikulturelle Gesellschaft« (S. 152/153). Mit Angriffen auf den »schwarzen Filz« in Köln, der inzwischen bundesweit bekannt ist und andernorts seine verschiedenfarbige Wiederholung findet, sind sie durchaus in der Lage, Zugänge zu den Bürgern zu finden. Ebenso stellen sie sich als Garant gegen eine von der PDS beeinflusste Politik heraus.

So spannend sich die Untersuchung liest, so offen bleiben trotzdem die Fragen, wie künftig solche rechtsextremen Erfolge zu verhindern sind. Zweifellos richtig sind die Verweise auf die Kontraproduktivität eines schlichten Ausgrenzens rechtsextremer Abgeordneter durch Hausverbote oder Geschäftsordnungstricks. Am Beispiel der Aktivitäten der Bremer Bündnisgrünen wird auf Versuche verwiesen, rechtsextreme Abgeordnete etwa durch ein verändertes Verfahren der Ausschußbesetzung zur Mitarbeit zu zwingen bzw. im Weigerungsfall – in diesem Falle der DVU – sie sich selbst disqualifizieren zu lassen. Ebenso wichtig ist neben dieser aktiven »Entzauberung durch Einbindung« und das Verhindern von Märtyrerposen, daß immer wieder auf die Berührungspunkte zu den anderen Parteien hingewiesen wird – das ist besonders bei der Asyldebatte gelungen.

Ansonsten setzt Butterwegge in seinen Überlegungen sehr stark auf Sozialarbeit und politische Bildung, wobei er keinen Zweifel an deren Grenzen läßt. Er arbeitet heraus – ohne es weiter immer so konsequent zu befolgen – daß »sich Maßnahmen gegen den (organisierten) Rechtsextremismus nicht auf die parlamentarische Ebene beschränken (können), sondern ... in erster Linie dort ansetzen (müssen), wo die materiellen und geistigen Grundlagen dafür geschaffen werden« (S. 267).

Er kommt zu einer entscheidenden Einsicht: »Die extreme Rechte hält einer trotz »ziviler« und parlamentarisch-demokratischer Ansprüche mit Gewalt durchgesetzten Leistungs- bzw. Konkurrenzgesellschaft – wenn auch verzerrt, durch geistige Traditionslinien und internationale Kräfteverhältnisse vielfältig gebrochen – den Spiegel vor.« (S. 268) Insofern sind also alle aufklärerisch gemeinten Gegenstrategien

in der Wirkung begrenzt. Natürlich ist es richtig, den republikanischen Grundsatz, wonach alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Bürgerrechte genießen müssen, zu verteidigen. Das bedeutet z.B. die unkomplizierte Einbürgerung bislang ausländischer Mitbürger und den Verzicht auf das geltende Blutrecht. Aber es ist ebenso eine Frage eines klar geregelten – damit eben auch limitierenden – Einwanderungsrechts. Denn dort, wo es um den Kampf unterschiedlicher Interessen geht – und die Verteilung der Arbeit ist –, so unerfreulich das für kosmopolitisch denkende Intellektuelle sein mag – ist ein Feld der Auseinandersetzung.

Ohne an die Fundamente der gegenwärtigen neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu rühren, wird es keine Chance geben, den rechten Rattenfängern das Handwerk zu legen. In einer Weltgesellschaft gewordenen Gemeinschaft wird es aber auch nicht ohne das Festhalten an nationalen und regionalen Strukturen gehen, also auch nicht ohne Abgrenzungen als Bedingung für Integration. Gerade weil die Deutschen um die rechtsextremistische, faschistische Gefahr wissen müssen, dürfen sie auch nicht deren soziale Voraussetzungen vergessen.

STEFAN BOLLINGER

Manfred Prisching:  
Bilder des Wohlfahrtsstaates,  
Metropolis-Verlag Marburg 1996,  
320 S. (39,80 DM)

Hinter dem belletristisch anmutenden Titel verbergen sich vier umfängliche Essays, alleamt Auseinandersetzungen mit aktuellen Themen und Kommentare zu politischen Grundfragen unserer Zeit. Der Verfasser, Manfred Prisching, ist Soziologieprofessor in Graz. Er vertritt einen sozioökonomischen Forschungsansatz und gehört zu den Hauptautoren der Reihe »Beiträge zur Sozioökonomie«. Der vorliegende Band ist bereits der vierte in dieser Edition.

Die thematische Anlage der Texte ist weit- ausholend und disziplinübergreifend. Theoretisch und empirisch liefern sie nichts grundsätzlich Neues, ihr Wert besteht viel-

mehr in der Zeichnung »großer Bilder«, in der anschaulichen und sehr komplexen Darstellung übergreifender Probleme. Im Zentrum steht dabei die »Abgrenzung des öffentlichen und des privaten Bereichs« (S. 10), eine Problemstellung, die die Frage nach dem »angemessenen Wirkungsbereich von Märkten im Verhältnis zu staatlichen Eingriffen und im Verhältnis zu gesellschaftlichen Koordinationsmechanismen« ebenso einschließt wie die Diskussion der »bedrohlichen Expansion der Staatsausgaben und die Kritik an wohlfahrtsstaatlichen Zielen und Entwicklungen« (S. 11).

Im *ersten* Beitrag wird der interessanten Frage nachgegangen, wie sich im Laufe der Zeit die Auffassungen über die Wirtschaft wandeln, wie *ökonomische Weltbilder* entstehen und vergehen. Im Gegensatz zur Mainstreamökonomie werden die ökonomischen Modelle dabei im Kontext mit einer umfassenderen Zeitdeutung behandelt.

So werden das *technokratische*, das *revolutionäre*, das *sozialdemokratische*, das *apokalyptische*, das *liberale* und das *supranationale* Modell als Modelle der Wirtschaftspolitik erklärt. Obwohl keines dieser Paradigmen das Denken aller Menschen völlig beherrscht hat, spiegelt ihre Abfolge doch eine nicht zu übersehende Akzentverschiebung im Zeitgeist, im Realitätsverständnis wider. Neben der objektiven Wirklichkeit der Daten gibt es immer auch eine subjektive Wirklichkeit, »eine Welt in den Köpfen«, eine Modellvorstellung, von welcher die Deutung des Gesehenen abhängt. Und schließlich nicht nur die Deutung, sondern auch die Schlüsse und die Handlungen, die sich daraus ableiten. Prisching erklärt diese Zusammenhänge »ohne disziplinäre Scheuklappen« (S. 13). Durch die wissenschaftliche Interpretation, historische Einordnung, politische Begründung usw. der jeweiligen Modelle werden liebgewordene Identitätsmuster und Illusionen zerstört. Übrig bleibt die Erkenntnis, daß bestimmte Modellvorstellungen, so z.B. die der neoliberalen Schule, weniger der Überzeugungskraft ökonomischer Theorien entspringen und auch nicht dem wissenschaftlichen Fortschritt, sondern eher der »Ratlosigkeit« der Politiker (S. 52), der wirtschaftlichen und politischen Interessenkonstellation und dem Verteilungs-

kampf in der Gesellschaft. Ziemlich forsch rechnet Prisching auf diese Weise mit den ökonomischen Weltbildern der zweiten Jahrhunderthälfte ab. Etwas zu knapp jedoch fallen seine Schlußfolgerungen (S. 61f.) aus. Hier hätte sich ein umfassenderes Resümee gelohnt.

Der *zweite* Text befaßt sich mit dem Zerfall und der Rekonstruktion solidarischer Bindungen in der heutigen Gesellschaft. Die Grundthese lautet: Die persönlich-zwischenmenschliche Solidarität ist im Schwinden begriffen. An ihre Stelle tritt mit historischer Notwendigkeit der Wohlfahrtsstaat als institutionalisierte Solidarität unter den Bedingungen der Moderne. Dies wird dann im einzelnen erläutert und an Hand verschiedener Feldstudien untersucht. Von besonderem Interesse ist dabei der Abschnitt »Solidarität in marktformigen Strukturen« (S. 95ff.), in welchem sich der Autor mit der Auffassung auseinandersetzt, wonach Markt und Solidarität alternative, unvereinbare Koordinationsmechanismen seien.

Im *dritten*, fast 100 Seiten umfassenden Essay beschäftigt sich Prisching mit dem Phänomen steigender Staatsausgaben in den Ländern der westlichen Welt. Ausgehend von den Überlegungen Adolph Wagners (1892) stellt er die wesentlichen Gründe für die sukzessive Ausweitung der Staatsausgaben zusammen. Das modernisierungstheoretische Modell liefert ihm dann den theoretischen Rahmen für eine Erklärung. Am Schluß dieses Kapitels faßt der Autor seine Hauptaussagen in 16 Schlußfolgerungen thesenhaft zusammen. Es wird deutlich, daß sich aus seinen Untersuchungen keine allgemeinen historischen Gesetzmäßigkeiten ableiten lassen. Vielmehr sind es historisch jeweils sehr spezifische Konstellationen, die den Trend steigender Staatsausgaben erklären. Eine interessante und gut zu lesende Studie!

Der *vierte* Text ist mit »Sozialstaatliche Ideale und sozioökonomische Realitäten« überschrieben. Es handelt sich hierbei um eine Untersuchung über die Ziele des modernen Wohlfahrtsstaats (Wachstum, Sicherheit, Stabilität, Gleichheit, Innovation und Freiheit) und deren Realisierung in den europäischen Industrieländern. Angesichts massiver Zielverfehlungen in der Gegenwart gewinnt

dieser Text natürlich ganz besonders an Brisanz. Seine aktuelle Bedeutung ist auch darin zu sehen, daß politisch sehr durchsichtige Attacken auf den Sozialstaat als dem »Hauptverdächtigen für alle Mißstände« (S. 214) zurückgewiesen werden. Das Problem wird als ein sehr viel komplexeres behandelt. Eine besondere Rolle räumt der Verfasser dabei der kulturellen Komponente des Sozialstaates ein. Aber trotz aller aufgezeigten Erfolge, die der Wohlfahrtsstaat in den letzten Jahrzehnten vorzuweisen hat, bleibt die Tatsache des zunehmenden Versagens. Ob die Argumentation des Verfassers – zum Beispiel: »Der Wohlfahrtsstaat kann das wohlfahrtsstaatliche Bewußtsein nie einholen« (S. 259) – dem ausreichend gerecht wird, ist zu bezweifeln. Auch scheint die These, daß der Kapitalismus seine Grenze nicht an eingebauten Strukturmängeln im ökonomischen System finde, sondern »im Überbau« (S. 252), ziemlich gewagt und nicht bewiesen. Die Krisen der nächsten Jahre werden hier neuen Stoff liefern und die Fragestellung schärfer akzentuieren. Vorerst resümiert der Autor: »Der Wohlfahrtsstaat ist erfolgreich und schafft dadurch mehr Probleme. Er ist erfolgreich und schafft dadurch noch höhere Erwartungen. Er ist erfolgreich und gerät doch in die Krise. Darin besteht sein Mißerfolg« (S. 308).

ULRICH BUSCH

Martin Textor (Koordination):  
**Sozialpolitik, Aktuelle Fragen und Probleme,**  
 Westdeutscher Verlag Opladen/  
 Wiesbaden 1997, 224 S., (24,80 DM)  
 Thomas von Winter:  
**Sozialpolitische Interessen,**  
 Nomos Verlagsgesellschaft Baden-  
 Baden 1997, 493 S., (128,00 DM)  
 Siegfried Müller, Ulrich Otto (Hrsg.):  
**Armut im Sozialstaat,**  
 Luchterhand Neuwied, Kriftel,  
 Berlin 1997, 300 S. (34,80 DM)

Die hier vorzustellende Auswahl neuer wissenschaftlicher Literatur zur Sozialpolitik besteht aus zwei Sammelbänden unterschiedlicher Qualität und einer sehr begrüßenswerten Monographie. Bei letzterer handelt es sich um die Marburger Habilitationsschrift von Thomas von Winter, deren Untertitel auf das Erkenntnisinteresse des Politiksoziologen verweist. Es geht von Winter um die Analyse der Konstituierung politischer Repräsentation und um Partizipation an sozialpolitischen Entscheidungsprozessen. Was das Buch trotz des abschreckenden Preises empfehlenswert erscheinen läßt, ist die Methodik von Winters, der sein Thema sowohl »von oben« als auch »von unten« angeht.

Die Arbeit ist in drei Kapitel gegliedert.

Teil A rekonstruiert Interessen und Interessenlagen in der Sozialpolitik. »Interesse« wird dabei nicht ausschließlich nach dem gängigen, aber unzureichenden ökonomischen »rational choice«-Modell untersucht. Von Winters soziologische Analyse umfaßt vielmehr auch latente und verbandspolitisch vermittelte Interessen.

Teil B ist verbandlicher und wahlpolitischer Umsetzung sozialpolitischer Interessen gewidmet. Ergänzend zu gängiger Verbände- und Korporatismusforschung geht der Autor auf Selbsthilfebewegungen, u.a. von Armen und Arbeitslosen sowohl im alten Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern ein.

Teil C beschreibt und analysiert genauer die Wechselbeziehungen zwischen sozialpolitischen Akteuren und Verbänden, genauer

deren Einfluß auf sozialpolitische Entscheidungen.

Dem Werk liegen neben umfassenden Literaturstudien qualitative empirische Untersuchungen zugrunde. Wer sich umfassend über das Interessen- und Beziehungsgeflecht in der Sozialpolitik wie über Einflußmöglichkeiten »Betroffener« informieren will, ist mit diesem Buch sehr gut bedient.

Explizit erhebt den Anspruch breiter und umfassender sozialpolitischer Information auch der von Martin Textor »koordinierte« Sammelband unter dem anspruchsvoll-allumfassenden Titel »Sozialpolitik«. Die einzelnen Beiträge des von der Bayrischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit herausgegebenen Bandes werden diesem Anspruch jedoch in sehr unterschiedlicher Weise gerecht, was wohl einem fehlenden strukturierenden editorischen Konzept geschuldet ist. Während beispielsweise Bernd Schulte (Sozialpolitik ... in der Europäischen Union – Welche Spielräume bleiben für die nationale Politik) und Richard Hauser (Armut in Deutschland) reflektierte und informative Überblicke über ihr jeweiliges Thema geben, ist der Beitrag zur Arbeitslosigkeit deutlich ideologiegefärbt. Die neoklassisch argumentierenden Ökonomen Eckhard Knappe und Hans-Joachim Jobelius (Millionen Arbeitsloser – muß die Arbeit umverteilt werden?) variieren die krude angebotstheoretische Arbeitsmarkttheorie, nach der Arbeitslosigkeit vor allem eine Folge zu hoher Löhne sei.

Daß auch der »Kordinator« nicht frei davon ist, Sozialpolitik einseitig als Kostenfaktor und nicht, wie es realistisch wäre, als nachfragestabilisierend zu betrachten, verdeutlicht das folgende Zitat aus dem einleitenden Aufsatz: »Durch eine gute Wirtschaftspolitik kann die Wirtschaft für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gerüstet werden. Dazu dürfte auch ein *Abbau des überbordenden Sozialsystems* beitragen ...« (S. 26) Hier werden sozialpolitische (Arbeitgeber-) Interessen verdeckt vorgetragen und die aktuelle Politik der Bundesregierung »wissenschaftlich« legitimiert.

Dagegen richtet sich die Armutsforschung, die die gravierenden Versäumnisse einer unzureichenden und ideologisch geprägten Sozialpolitik aufarbeitet. In dem von Siegfried

Müller und Ulrich Otto herausgegebenen Band sind die relevanten Strömungen der Armutsforschung vertreten, die sie in den letzten Jahren ebenso evident wie (politisch) folgenlos publizierten. Der Titel läßt bereits erkennen, daß der grundgesetzlich garantierte Sozialstaat sein Ziel verfehlt, wenn er offensichtliche absolute und relative Armut zuläßt. Im Sinne der oben kritisierten neoklassischen Theorie ist dies nicht Versäumnis, sondern Absicht; die Senkung materieller sozialpolitischer Standards ist hinsichtlich der lohnkostensenkenden Strategie funktional.

Wie erfolgreich diese Strategie ist, belegt Ulrich Schneider in seinem Beitrag über »Armut in einem reichen Land«, indem er auch auf den Zusammenhang zwischen massenhaft wachsendem Reichtum und der zunehmenden Armut eingeht. Die Spaltung der Gesellschaft schreitet somit voran, was auch in Richard Hausers quantitativer Armutsanalyse deutlich wird.

Die bremische »dynamische« Armutsforschung ist u.a. mit einem Beitrag von Michael Zwick (»panta rhei« – Fluktuation und Strukturwandel der Sozialhilfeklientel) vertreten. Der positive Beitrag dieser Forschungsrichtung besteht darin, aufgewiesen zu haben, daß Armut vielfach keine dauerhaft anhaltende Lebenslage darstellt.

Auf die sozialstaatlich induzierte Armut verweist Gerhard Bäcker, der auf die Erwerbsarbeitszentrierung der sozialen Sicherungssysteme und auf die Funktion der Arbeitserzwingung durch die Arbeitslosenversicherung eingeht. Daß auch geschlechtsspezifische Benachteiligungen in der Sozialpolitik existieren, weist Heidi Reintl (Ist die Armut weiblich?) auf. Die wichtigsten Ergebnisse seiner kürzlich erschienenen Monographie zum Thema »Ländliche Armut« faßt Karl August Chassee von der Fachhochschule Jena zusammen.

Gehen die bisher angesprochenen Beiträge auf verschiedene empirische Armutsaspekte ein, so setzen sich die abschließenden Aufsätze theoretisch mit Ursachen und sozialer Wahrnehmung der Unterversorgung auseinander.

Mit Beitrag und Grenzen der neoklassischen ökonomischen Konzeption zur Erklärung von Armut und Arbeitslosigkeit befassen sich Uwe Hochmuth, Günther Klee

und Jürgen Volkert. Grundsätzlich im neoklassischen Theoriegebäude verharrend, verweisen die Autoren auf die offensichtlichsten Schwächen und Einseitigkeiten dieses Modells, so daß die intellektuelle Auseinandersetzung mit diesem Aufsatz lohnt. Christoph Deutschmann (Zur Kritik am Wohlfahrtsstaat) sieht wesentliche Finanzierungsprobleme in der Beitragslastigkeit der Sozialpolitik. Er fordert stattdessen größere steuerfinanzierte Anteile, um eine armutverhindernde Grundsicherung umsetzen zu können. Auf das Grundsicherungskonzept (Bürgergeld contra Grundsicherung) geht auch Ulrich Otto ein, der die herrschende sozialpolitische Strategie einer scharfen Kritik unterzieht. Sehr anregend liest sich der Beitrag des ebenfalls aus dem Umfeld der bremischen dynamischen Armutsforschung kommenden Lutz Leisering. Leisering setzt sich mit veränderten professionellen Selbstbildern in der sozialen Arbeit vor dem Hintergrund der offener werdenden Grenze zwischen Armuts- und Wohlstandsbevölkerung auseinander. Für eine langjährig auf der Stelle tretende Debatte um eine Theorie der Sozialarbeit kann von Leiserings Überlegungen ein interessanter Impuls ausgehen.

Unter ethischen Aspekten beschäftigt sich Hans Thiersch (Armut und Gerechtigkeit) mit den moralischen Grundlagen von sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Einen originellen und instruktiven Beitrag leistet schließlich Gottfried Korff. Die Ikonographie der Armut, die Korff analysiert, fällt jedem am Thema interessierten Betrachter auf. Mit Vorliebe wählen Redakteure und Lektoren zur Illustration von Armutsliteratur Bilder von Armen in offensichtlicher subalternen Opferrolle. Solche Bilder prägen die zumeist wirklichkeitsfremde öffentliche Wahrnehmung von Armut: »Es sind Bilder, die Armut über die Tätigkeit des Bettelns, über Obdachlosigkeit, Suppenküchen oder über Warteschlangen bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen veranschaulichen« (S. 285).

Nur schade, daß der Lektor des insgesamt sehr lesenswerten Bandes Korffs Aufsatz offenbar nicht gelesen hat. Auch den Titel dieses Bandes zielt das Bild eines bettelnden Obdachlosen, an dem die Passanten achtlos vorübergehen.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Totalitarism w Ewrope XX weka.

Is istorii ideologij, dwishenij, reshimow i ich preodolenija.

(Übers. D. Sacht.: Der Totalitarismus im Europa des XX Jahrhunderts.

Aus der Geschichte der Ideologie, der Bewegungen, der Regimes und ihrer Überwindung.) Leiter des Autorenkollektivs Ja. S. Drabkin, N. P.

Komolowa. Moskau: Pamjatniki istoritscheskoj mysli 1996, 540 S.

(Serija »Rossija-Germanija-Ewropa«. Vyp. 2)

Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts. Herausgegeben von Alfons Söllner, Ralf Walkenhaus und Karin Wieland,

Akademie-Verlag Berlin 1997, 298 S.

Die von Mitarbeitern des Instituts für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften vorgelegte Veröffentlichung enthält Zwischenberichte über die 1992 in Kooperation mit deutschen Gesellschaftswissenschaftlern aufgenommenen Forschungen zum Thema »Totalitarismus in Europa im 20. Jahrhundert«. (Der sich bereits im Titel widerspiegelnde Bezug auf die von Eckhard Jesse besorgte Publikation »Totalitarismus im 20. Jahrhundert« ist beabsichtigt.) Dreizehn Autoren stellen in vier Kapiteln, »Herausbildung der Diktaturen«, »Antlitz des Krieges«, »Überwindung« und »Schlußfolgerungen«, achtzehn chronologisch und thematisch strukturierte Studien über die Entwicklung totalitärer bzw. autoritärer Regimes in Sowjetrußland, Italien, Deutschland und Spanien zur Diskussion.

J. Drabkin und W. Damje verfaßten Einleitung und Schluß, die Beiträge über die historischen Wurzeln des Totalitarismus, eine Überblicksdarstellung über die in Rußland geführte Debatte, wessen Krieg der Zweite Weltkrieg eigentlich war und das Phänomen des Totalitarismus. A. Schubin schrieb die Beiträge über die Russische Revolution und die bolschewistische Diktatur (Weltkrieg und Revo-



lution; Bürgerkrieg und »Kriegskommunismus«; NÖP und Stalinismus), den Bürgerkrieg und den Francoismus in Spanien, die UdSSR und die Regimes der »Volksdemokratien« (Der Nachkriegsstalinismus; Die Besonderheiten der osteuropäischen Staaten; Die Kommunisten ergreifen die Macht; Totalitäre Regimes) und über die Krise der totalitären Einrichtungen in Osteuropa (Die Erosion der Machtinstitutionen; Autoritarismus und anti-autoritäre Revolutionen; Der Zusammenbruch des Systems). M. Kortschagina legte die Ausarbeitungen über den Nationalsozialismus und den Antifaschismus vor.

Neben bereits erwähnten Skizzen über die Entwicklung in Italien, Portugal und Spanien wurden Abhandlungen über die Rolle der Kirche und die Kunst unter Bedingungen des Totalitarismus aufgenommen.

An dieser Stelle kann nur auf einen Aspekt der in erster Linie für den russischen Leser und zur Selbstverständigung der Autoren gedachten Veröffentlichung (sie erschien in einer Auflage von 700 Exemplaren) hingewiesen werden. Die Autoren fassen den internationalen Diskussionsstand zusammen und ordnen ihre Beiträge einzelnen, im Westen vorformulierten Positionen zu. Ungeachtet des Hinweises, daß russische Archive, darunter das Kominternarchiv, genutzt wurden, bleibt die Untersetzung eigener Arbeitshypothesen mit Archivdokumenten eher dünn. Ein Kapitel über oder wenigstens eine Auswahlbibliographie russischer Veröffentlichungen zum Thema fehlt. J. Drabkin wies auf die im Zuge der Diskussion der Forschungsergebnisse im Autorenkollektiv immer deutlicher hervortretende Notwendigkeit der Trennung von theoretischen und politischen Herangehensweisen an die Themen hin.

Wie aktuell diese Forderung bleibt, zeigen gerade die Beiträge, in denen über Rußland, Sowjetrußland und die UdSSR die Rede ist. Während W. Damje, der zu den Theoretikern der anarchistischen Bewegung in Rußland gehört und zu den Aktivisten der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zählt, die anti-autoritäre und genossenschaftliche Alternative zum Totalitarismus betont und den Bruch in der von Lenin und Trotzki bzw. Stalin eingeschlagenen Entwicklung konstatiert, geht A. Schubin von der Kontinuität und Wechsel-

wirkung von Leninismus und Stalinismus aus. Außer diesem Beispiel für die Beeinflussung wissenschaftlicher Meinung durch politische Verortung wird der (deutsche) Leser in den eher referierenden und theoretisch äußerst heterogenen Beiträgen über die Sowjetunion wenig Neues finden.

Drabkin wiederholt in den Schlußfolgerungen die bereits in der Einleitung ausgeführte These von der Möglichkeit des Vergleichs von NS-Diktatur und Stalinismus und hebt – am Ende der Studie stärker als zu Beginn – die Grenzen des Begriffs hervor. Er verweist auf die von K. Bracher vorgelegte Definition des Totalitarismus, die vom Autorenkollektiv weiter als Arbeitshypothese genutzt wird. (Einheitsideologie; vom Volk getragene Massenbewegung; diktatorisches Regime). Ein universelles Erklärungsschema ist der Totalitarismus nicht. Im Schlußteil des Buches – diesmal mit Blick auf die aktuelle Situation in Rußland – ist mehr von der Modernisierung unter Bedingungen der liberal-demokratischen, pluralistischen Ordnung als von Alternativen zum Stalinismus die Rede.

Die im Band »Totalitarismus. Eine Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts« versammelten sechzehn Aufsätze sind etwa zur Hälfte aus Referaten hervorgegangen, die im Juni 1994 auf einer Konferenz des Hamburger Instituts für Sozialforschung vorgetragen wurden.

Die Kapitel, denen die Beiträge der fünfzehn Autoren zugeordnet sind, lauten: Im Reisegepäck der Emigranten. Zur Entstehung der Totalitarismustheorie; Der Erfahrungsgrund der Totalitarismustheorie; USA. Die Klassiker der Totalitarismustheorie; Frankreich. Antitotalitarismus als Intellektuellendiskurs; Deutschland. Die Totalitarismustheorie in einem geteilten Land.

Die Herausgeber haben sich entschieden, einige Theoretiker und deren Hauptwerke vorzustellen, die die Herausbildung und Entwicklung der Totalitarismustheorie prägten. Zu ihnen gehören Waldemar Gurian, Franz Borkenau, Sigmunt Neumann, Carl Schmitt, Ernst Rudolf Huber, Ruth Fischer, Hannah Arendt und Raymond Aron. Unter dem hier gewählten Blickwinkel – von Miniaturen auszugehen – erscheint die Geschichte der Totalitarismustheorie in einem neuen Licht. Auf

die von ihm gestellte Frage: »Verbirgt sich im Totalitarismuskonzept etwa, gerade weil es zwischen diesen beiden hegemonialen Diskursen vermittelte, vielleicht die ausschlaggebende Epochenkategorie für die Ideengeschichte des 20. Jahrhundert?« gibt A. Söllner folgende Antwort: »Es ist klar, daß hinter dieser ideengeschichtlichen Wendung der Fragestellung ein Anspruch steht, der einigermaßen riskant, der so voraussetzungsvoll wie weitreichend ist. Der hier vorgelegte Sammelband möchte daher keine fertigen Antworten geben, sondern er möchte erst einmal neue Fragen stellen und legt zu deren Illustration ausgewählte Detailstudien und begrenzte Materialanalysen vor – freilich in der festen Überzeugung, daß es sich um einen lohnenden Komplex handelt, dessen innere Auslotung und großflächige Verortung einige Aussagekraft für das gesamte Jahrhundert haben wird.«

WLADISLAW HEDELER

## Redaktionelle Mitteilung

Auf Grund eines technischen Versehens sind die Fotos in Heft 81/82 von sehr schlechter Qualität. Dafür möchten wir uns bei den Autoren und den Lesern entschuldigen.

Außerdem sind einige Fußnoten im Beitrag von Herbert Mayer statt in die Marginalienspalte an den Schluß des Textes geraten. Auch für diese Panne bitten wir um Entschuldigung. Interessenten können über die Redaktion auf Anfrage kostenlos einen A4-Ausdruck des Beitrages erhalten.